Detailansicht des Registereintrags

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Aktuell seit 19.11.2026 15:16:15

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004137
Ersteintrag:	11.04.2022
Letzte Änderung:	19.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Ludolfusstr. 2-4 60487 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +49697137560 E-Mail-Adressen: info@verband-binationaler.de Webseiten: https://www.verband-binationaler.de/
Hauptstadtrepräsentanz:	Oranienstraße 34 10999 Berlin Telefonnummer: +49306153499 E-Mail-Adresse: chlebicka@verband-binationaler.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
90.001 bis 100.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1,12

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Said Etris Hashemi**
   Funktion: 1. Bundesvorsitzender
2. **Prof. Dr. Vassilis Tsianos**
   Funktion: Stellvertretender Bundesvorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Dr. Carmen Colinas Schwarz**
2. **Olga Chlebicka**
   Tätigkeit bis 02/24:
   Sachbearbeiterin
   im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) oder dessen Geschäftsbereich
3. **Anna Sabel**
4. **Valeria Caprioli**
5. **Said Etris Hashemi**
6. **Prof. Dr. Vassilis Tsianos**

Gesamtzahl der Mitglieder:
683 Mitglieder am 31.12.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (12):
1. Paritätischer Gesamtverband e. V.
2. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen e. V.
3. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen e. V.
4. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e. V.
5. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e. V.
6. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern e. V.
7. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hamburg e. V.
8. Deutscher Frauenrat e. V.
9. National Coalition Deutschland e. V.
10. Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V.
11. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Niedersachsen e. V.
12. Bundesforum Männer Interessenverband für Jungen, Männer und Väter e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):
Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Pflege; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften arbeitet bundesweit an den Schnittstellen von Familien-, Migrations-, Bildungs- und Antidiskriminierungspolitik. Wir sind auf Bundes-, Länder- und zugleich auf kommunaler Ebene die Interessenvertretung binationaler, migrantischer und transnationaler Familien und Paare. Wir engagieren uns diskriminierungs- und rassismuskritisch für die Grund- und Menschenrechte aller hier lebenden Familien und Paare. Egal welcher Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion. Starke Gesellschaften brauchen Vielfalt und ihre vielfältigen Familien brauchen eine gerechte Partizipation und Teilhabe in dieser Gesellschaft. Dafür setzen wir uns ein. Die thematischen Schwerpunkte unserer Lobbyarbeit liegen auf:
- die Verbesserung der gesetzlichen Regelungen zur partnerschaftlichen Familienzusammenführung,
- die strukturellen Verbesserungen der Familienleistungen im Sinne von mehr Zugänglichkeit und Chancengerechtigkeit für allen Familien,
- die Weiterentwicklung chancengerechten, diskriminierung-, und migrationssensiblen Strukturen im Bereich Bildung,
- die Anpassung und stärkeren Berücksichtigung transnationaler Familienkonstellationen und Migrationsbiografien in der Pflege-, und Rentenpolitik,
- die Stärkung von Maßnahmen gegen Diskriminierung, insbesondere Rassismus, Sexismus, Antifeminismus, Klassismus und migrationsbezogene Ausschlüsse.

Unsere Lobbyarbeit erfolgt in Form von Gesprächen und Fachveranstaltungen mit Vertreter*innen/ Mitarbeiter*innen der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern und Mitarbeiter*innen des Deutschen Bundestages, Briefen an MdBs und Ministerien, offenen Briefen, Positionspapieren und Stellungnahmen. Bei familienpolitischen Themen betreiben wir teilweise gemeinsame Lobbyarbeit mit den in der "Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen (AGF)" in Deutschland zusammengeschlossen Verbänden. Zu den Themen Einführung einer Kindergrundsicherung und Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind wir in Bündnissen aktiv: dem "Bündnis Kindergrundsicherung" und dem "Bündnis AGG Reform jetzt". Für die Stärkung der Kinderrechte setzen wir uns als Mitglied des "Netzwerks Kinderrechte/National Coalition Deutschland" ein. Im Rahmen des Bündnisses "Zusammen für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für Alle." arbeiten für die Stärkung der demokratischen Strukturen in Deutschland und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards. Die Stärkung von Frauenrechten betreiben wir als Mitglied des "Deutschen Frauenrats".

Für die Chancengleichheit im Bereich Bildung engagieren wir uns im „Netzwerk Gemeinsamer Demokratieaufbau in der frühen Bildung“.

Konkrete Regelungsvorhaben (38)

1. **Reform des Familienrechts**

   Beschreibung:
   Wir begrüßen die geplante Stärkung sozialer Elternschaft, insbesondere für gleichgeschlechtliche Elternpaare, Patchwork- und Co-Elternfamilien. Es gibt aber weiterhin Reformbedarf. Eine Harmonisierung des internationalen Rechts fehlt. Der angedachten einseitigen Sorgerechtserklärung bei nicht-verheirateten Paaren mit einem gemeinsamen Wohnsitz widersprechen wir. Die Sorgerechtserklärungen sollten immer einer geteilten bewussten Entscheidung entspringen. Zudem fordern wir: gesetzlichen Gewaltschutz im Sorge -und Umgangsrecht, besseren Schutz von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren, Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle im Familienrecht und in der Beratung, Unterhaltsregeln für alle Betreuungsmodelle gesetzlich zu verankern, konsequente Ausrichtung am Kindeswohl.

   Betroffenes geltendes Recht:
   BGB [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2503250002** (PDF - 3 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 18.03.2025 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

      Bundesregierung
      Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
      Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
      Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **Abschaffung des Sprachnachweises vor der Einreise im partnerschaftlichen Familiennachzug**

   Beschreibung:
   Wir setzen uns für die Abschaffung des Sprachnachweises vor der Einreise für alle Paare, die sich im partnerschaftlichen Familiennachzug befinden, ein. Das Ziel unserer

Interessensvertretung ist darauf ausgerichtet, dass die nachziehenden Familienmitglieder den Sprachnachweis in Deutschland erbringen können. Dies soll somit das Familiennachzugsverfahren im Allgemeinen beschleunigen und bewirken, dass Familien schneller zusammen leben können.

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180213** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.05.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Einführung einer Kindergrundsicherung**

Beschreibung:
Wir setzen uns für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Die verschiedenen monetären Leistungen für Kinder müssen gebündelt werden. Die finanzielle Gestaltung muss gewährleisten, dass das Existenzminimum für Kinder sichergestellt wird. Wir plädieren für die Gleichbehandlung der zugewanderten Kinder, ob aus Drittstaaten oder Europäischen Ausland stammend. Das Kindergeld muss Kindern unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder dem Aufenthaltsstatus ihrer Eltern zustehen.Mit der Regelung muss gewährleistet sein, dass unbegleitete Kinder selbst einen Anspruch auf die Kindergrundsicherung haben, unabhängig vom Aufenthaltsort der Eltern. Familien sollen alle Leistungen gebündelt an einer Stelle erhalten, statt zwischen verschiedenen Behörden zu wechseln.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 505/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung
Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/9092 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]; BKGG 1996 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

4. **Änderung der Einbürgerungstestverordnung**

Beschreibung:
Der Verband begrüßt über eine Ergänzung des Einbürgerungstests ein Signal gegen Antisemitismus zu senden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung im Einbürgerungstest zusätzlichen explizite Fragen zu weiteren menschenverachtend motivierten Handlungen. Neben Antisemitismus dann auch Antiziganismus, Rassismus in seinen unzähligen Varianten wie antischwarzem-Rassismus, antimuslimischem Rassismus, antiasiatischem Rassismus, etc., LGBTQI*-Feindlichkeit, Antifeminismus, Diskriminierung von Menschen mit Behinderung usw. Wir plädieren auch für die Prüfung des Sprachniveaus aller Fragen und die eventuelle Umformulierung der Fragen in eine einfachere Sprache, wenn die Fragen auf Hochschulniveau formuliert sind.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf der Zweiten Verordnung zur Änderung der Einbürgerungstestverordnung
Datum des Referentenentwurfs: 16.04.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EinbTestV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405170009** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Änderungen im Entwurf eines Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen**

Beschreibung:
Wir begrüßen, dass die Neuregelung des Gesetzes eine Heilung ab dem 18. Lebensjahr beinhaltet, sind aber der Meinung, dass man bei der vorgesehenen Einzelfallprüfung noch stärker die Entscheidungsautonomie Heranwachsender berücksichtigen konnte. Des

Weiteren begrüßen wir, dass der populistische Begriff der “Kinderehe” zugunsten des Begriffs “Minderjähriger” im Gesetz geändert wurde. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen des geplanten Gesetzes zugleich Maßnahmen zu setzen, die den betroffenen Menschen über die vorgesehenen materiellen Leistungen hinaus helfen, insbesondere was die psychischen Folgen der Nichtigkeitserklärung einer Frühehe betrifft.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11367 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; PStG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406100035** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. **Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**

Beschreibung:
Das Regelungsvorhaben bezieht sich auf eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Bisher schützt es nicht alle von Diskriminierung betroffene Menschen. Das Regelungsvorhaben bezieht sich auf die Schließung von Schutzlücken und die Ausweitung der Anwendungsbereiche.

Betroffenes geltendes Recht:
AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180010** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.04.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. **Reform und Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in §218**

Beschreibung:
Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach gesundheitsförderlichen, verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten.
Schwangerschaftsabbrüche sollten künftig nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden.

Betroffenes geltendes Recht:
BeratungsG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180208** (PDF)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. **Einführung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes mit bundesweiten Standards für Kitas und Weiterentwicklung des KiTa-Qualitätsgesetzes**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Einführung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes mit bundesweiten, verbindlichen und wissenschaftlich fundierten Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung ein.
Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des KiTa-Qualitätsgesetzes ein. Wir fordern bei der Qualität der Kindertagesbetreuung die Mehrsprachigkeit sowie Aspekte einer diskriminierungskritischen und diversitätsorientierten Öffnung der Einrichtungen zu berücksichtigen- insbesondere bei der Personalgewinnung, pädagogischen Konzepten und der Ausstattung, um Chancengleichheit zu fördern.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur periodengerechten Veranschlagung von Zinsausgaben im

Rahmen der staatlichen Kreditaufnahme und eines Dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung
Datum des Referentenentwurfs: 18.07.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
KiQuTG [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406180214** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.06.2024 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2407240006** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. **Kritik des Entwurfs eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft**

Beschreibung:
Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Die vorgesehenen Regelungen verletzen Art. 6 GG und das Persönlichkeitsrecht. Eine Zustimmungspflicht der Ausländerbehörde bei „aufenthaltsrechtlichem Gefälle“ lehnen wir ab. Kinder haben ein Recht auf die Zuordnung und Fürsorge durch beide Elternteile, besonders wenn ein zweites Elternteil Verantwortung übernehmen möchte. Wir kritisieren die Priorisierung biologischer Elternschaft und fordern die Gleichstellung ehelicher und nicht ehelicher Kinder. Im Sinne des Kindeswohls müssen Nachteile wie eine mögliche Aberkennung der Staatsangehörigkeit verhindert werden. Die Kosten für die angeordneten DNA Tests sollen Behörden tragen. Statt Verschärfungen

fordern wir diskriminierungsfreie Regelungen, die allen Familien schützen und Zusammenleben ermöglichen.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 382/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft
1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13255 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft
1. Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4081 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft
1. Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 773/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft
1. Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; RuStAG [alle RV hierzu]; PStG [alle RV hierzu]; PStV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (7):

1. **SG2406250007** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 21.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2512030005** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.11.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

3. **SG2602250013** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.02.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2602250014** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.02.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **SG2603270034** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.03.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **SG2603270037** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.03.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **SG2606300128** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.06.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Änderungen im Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB III-Modernisierungsgesetz)**

Beschreibung:
Der Verband begrüßt die Absicht die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung auszubauen und zu verstetigen. Ebenso begrüßen wir die Absicht, bisher aus dem System gefallene Jugendliche und junge Erwachsene mit niedrigschwelligen Unterstützungselementen, in Beratungsstrukturen einzubinden. Wir fordern jedoch weiterführende Maßnahmen, um Frauen mit Migrationsgeschichte schneller in ihrer Qualifikation entsprechende gute Arbeitsverhältnisse zu bringen. Dazu gehören u.a.: verbindliche Zeiten für die Beratung und Anerkennung, sofortiger Zugang zu Deutsch- und Integrationskursen, Start eines Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren bereits bei Ankunft, zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsangeboten, Einführung von Beratung per Videotelefonie, Mehrsprachigkeit in der Beratung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB III-Modernisierungsgesetz)
Datum des Referentenentwurfs: 05.07.2024
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407240001** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 23.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

11. **Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusbekämpfung**

Beschreibung:
Wir setzten uns für die Stärkung der demokratischen Strukturen, für die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards in Deutschland.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)
1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 684/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)
1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2410180008** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.10.2024 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

2. **SG2412160022** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.06.2024 an:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

12. **Weiterentwicklung und Beibehaltung der Beratungsangebote für Migrant*innen**

Beschreibung:
Der Verband begrüßt die Fortführung des Beratungsangebots „Faire Integration“. Kritisch sehen wir den Ausschluss von Teilprojekten nach §9, da dadurch die arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Migrant*innen aus Drittstaaten grundsätzlich und ausschließlich als Gesamtprojekt auf Landesebene ausgeschrieben wird. Wir fordern, in Ausnahmefällen auch Teilprojekte zuzulassen, um auch kleineren Organisationen die Beantragung oder die Durchführung (in Kooperationen) von Beratungsangeboten zu ermöglichen.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 137/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung
1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/6500 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung
1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412090007** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.12.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

13. **Menschenrechtsbasierte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Beachtung der Menschenrechte bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ein. Wir sprechen uns gegen der Inhaftnahme von Minderjährigen und ihren Familien aus.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13963 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 552/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12805 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1848 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 429/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1850 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des AZRG und weiterer Gesetze in Folge der Anpassung des nationalen Rechts an das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS-Anpassungsfolgegesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 430/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des AZRG und weiterer Gesetze in Folge der Anpassung des nationalen Rechts an das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS-Anpassungsfolgegesetz)
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2412160028** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2024 an:

   Bundesregierung

   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

2. **SG2507110001** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.07.2025 an:

Bundesregierung
Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

14. **Entwicklung einer partizipativen, diskriminierungs- und rassismuskritischen Familien-, Migrations-, und Bildungspolitik**

Beschreibung:
Unser Verband setzt sich für eine verantwortungsvolle und menschenrechtsbasierte Politik ein, die den Herausforderungen und Chancen der Einwanderungsgesellschaft gerecht wird. Wir fordern unter anderem: Abschaffung des deutschen Spracherfordernisses vor der Einreise im Familiennachzug, Priorisierung, Verkürzung, Digitalisierung und Transparenz der Visaverfahren im familiären Kontext, Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus, erleichterten Familiennachzug für ältere Familienmitglieder, ausreichende sozialrechtliche Möglichkeiten für eine Betreuung und Pflege über Grenzen hinweg, Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bildungspolitik, Entwicklung von diversitäts- und rassismuskritischen Standards in Bildung und Ausbildung, AGG-Reform.

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; FPfZG [alle RV hierzu]; PflegeZG [alle RV hierzu]; BKGG 1996 [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu];

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Religion /Weltanschauung [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. **SG2503140002** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 03.02.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

2. **SG2503250003** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2505150001** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.05.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

4. **SG2505150003** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.05.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

5. **SG2506250026** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

15. **Beibehaltung der beschleunigten Einbürgerung (Turboeinbürgerung)**

Beschreibung:
Unser Verband setzt sich gegen die Abschaffung der beschleunigten Einbürgerung bei Vorliegen von besonderen Integrationsleistungen (Turboeinbürgerung). Diese Maßnahme sendet ein falsches Signal an Migrant:innen und steht im Widerspruch zu den Zielen eines modernen und zukunftsorientierten Staates.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 220/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Betroffenes geltendes Recht:
RuStAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506030013** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.05.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

16. **Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung mit bundesweiten, verbindlichen und einheitlichen Qualitätsrahmen**

Beschreibung:
Wir setzen uns für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung mit bundesweiten, verbindlichen und einheitlichen Qualitätsrahmen. Ein besonderes Anliegen des Verbandes ist es dabei, das Thema Anerkennung und Förderung von Mehrsprachigkeit als Qualitätsmerkmal im Ganztag stärker zu verankern sowie Angebote für vulnerable Gruppen, wie neu zugewanderte/ geflüchtete Kinder mit ihren spezifischen Bedarfen auszubauen. Wir setzen uns für ein inklusives und qualitätsvolles Angebot mit

qualifiziertem Fachpersonal, auch während der Ferienzeiten ein. Wir begrüßen die Einbeziehung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit während der Schulferien zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganztag während der Schulferien
Datum des Referentenentwurfs: 22.08.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GaFöG [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509250018** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

17. **Beibehaltung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten**

Beschreibung:
Unser Verband ist gegen der vorübergehenden Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten. Die geplante Aussetzung steht in eklatantem Widerspruch zu den Grund- und Menschenrechten, auf denen unser demokratischer Rechtsstaat beruht.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/321 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2506240038** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2025 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2506250024** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2025 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

18. **Kinder-, und Jugendarmut bekämpfen**

Beschreibung:
Wir setzen uns für eine wirksame Bekämpfung von Kinder-, und Jugendarmut ein. Jedes Kind verdient faire Chancen, ein sicheres Zuhause und Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialer Teilhabe – unabhängig von der finanziellen Situation seiner Familie. Das Existenzminimum muss so berechnet werden, dass es die tatsächlichen Lebensrealitäten junger Menschen angemessen berücksichtigt. Es braucht eine dauerhafte Finanzierung für die bedarfsgerechte, gute soziale Infrastruktur. Junge Menschen müssen bei Entscheidungen über ihre Zukunft verbindlich beteiligt werden. In Bezug auf den Zugang zu familienpolitischen Leistungen plädieren wir für die Gleichbehandlung zugewanderter Kinder, unabhängig davon, ob sie aus Drittstaaten oder aus dem europäischen Ausland stammen.

Betroffenes geltendes Recht:
AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; BKGG 1996 [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2507010027** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2507010028** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2611190015** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

19. **Stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus**

Beschreibung:
Unser Verband fordert verbindliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus in Bildungseinrichtungen, staatlichen Institutionen und im öffentlichen Leben- auf der nationalen und der EU- Ebene. Dazu gehören unter anderem Bildungsangebote zur Sensibilisierung für rassistische Strukturen und Überprüfung und Reform institutioneller Abläufe. Rassistische Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sanktioniert werden. Darüber hinaus ist die gezielte Förderung von Diversität in gesellschaftlich relevanten Bereichen wie Politik, Medien und Arbeitswelt notwendig. Die Betroffenen benötigen Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie Räume zur Selbstorganisation. Wir fordern die Bereitstellung von mehr Finanzmitteln, um die entsprechenden Maßnahmen zu unterstützen.

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Religion/Weltanschauung [alle RV hierzu]

20. **Änderungen im Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze**

Beschreibung:
Unser Verband ist gegen den geplanten Änderungen- die Rentenauszahlungen und die Geldleistungen der Sozialleistungsträger nur noch (mit wenigen Ausnahmen) auf ein Konto zu überweisen. Ebenfalls bewerten wir kritisch, dass die Rentenversicherung bei Rentenauszahlungen nur die Kosten bis zur eigenen Bank übernehmen soll. Die geplante Übertragung der Aufgabe der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung auf die BA kann den Zugang zu dauerhaften Angeboten, bundesweit zu verbessern, allerdings muss sichergestellt werden, dass kultursensible und niedrigschwellige Beratung weiterhin möglich ist. Die Kosten für das Anerkennungsverfahren sollten regelhaft förderfähig werden. Wir fordern auch, dass das Fallmanagement diskriminierungskritisch, kontextsensibel und mehrsprachig erfolgt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
Datum des Referentenentwurfs: 12.08.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 3 [alle RV hierzu]; SGB 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508270006** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

21. **Änderungen im Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Anfechtungsrecht leiblicher Väter**

Beschreibung:
Wir begrüßen die mit dem Entwurf angestrebte Stärkung der Rechte leiblicher Väter. Bei der gerichtlichen Prüfung, ob sich der leibliche Vater „ernsthaft, aber erfolglos“ um eine sozial-familiäre Beziehung bemüht hat, sollten die Gerichte die Möglichkeit bekommen, auch niedrigschwellige Nachweise in ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen. Wir begrüßen die vorgesehene Neuerung, dass künftig auch das Kind selbst seiner rechtlichen Zuordnung zustimmen muss sowie die außergerichtliche Lösung bei Zustimmung aller Beteiligten. Diese Lösung braucht aber gleichzeitig realitätsnahe Erleichterungen, insbesondere im internationalen Kontext. Langfristig muss es auch über neue rechtliche Formen der Elternschaft nachgedacht werden– etwa über Möglichkeiten einer rechtlich anerkannten Mehrelternschaft.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2997 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanfechtung
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 642/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanfechtung

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508270009** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.08.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

22. **Anpassungen und Berücksichtigung von transnationalen Familienkonstellationen in der Pflegepolitik**

Beschreibung:
Die aufenthalts- und sozialrechtlichen Regelungen müssen für transnationale Familien im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz stärker berücksichtigt werden. Wir fordern unter anderem, die Möglichkeit zu schaffen, Leistungen der Pflegeversicherung bei einer Pflege im Ausland „mitnehmen“ zu können, den Begriff der "nahen Angehörigen" zu erweitern, zusätzliche Freistellungstage bei einem akuten Pflegefall zu ermöglichen und die Option einer vollständigen Freistellung von der Arbeit während der Familienpflegezeit vorzusehen. Die Feststellung der Pflegebedürftigkeit insbesondere in Drittstaaten muss zudem vereinfacht werden. Darüber hinaus fordern wir einen erleichterten Familiennachzug für ältere und auch für pflegebedürftige Familienmitglieder aus Drittstaaten nach Deutschland.

Betroffenes geltendes Recht:
PflegeZG [alle RV hierzu]; FPfZG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2606300135** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.05.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2609030010** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.08.2026 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2610160011** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.10.2026 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

23. **Transparente Gestaltung der Visavergabe in deutschen Auslandsvertretungen**

Beschreibung:
Wir fordern: Priorisierung und Verkürzung der Visaverfahren im familiären Kontext, Digitalisierung der Verfahren, Schaffen transparenter Verfahren, damit es möglich ist, den Sachstand z.B. online einsehen zu können.

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606300136** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2026 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]

24. **Mehrsprachigkeit in der Bildungspolitik berücksichtigen und fördern**

Beschreibung:
Wir fordern u.a. die Schaffung bundesweiter Standards zur Unterstützung der sprachlichen Bildung von der Kita bis zur Universität, um die Übergänge zwischen den Bildungsstufen bruchlos zu gestalten. Zudem setzen wir uns für die Integration des bisherigen herkunftssprachlichen Unterrichts in den Regelunterricht mit qualifizierten Lehrkräften und festen Stunden im Stundenplan ein. Wir fordern den Ausbau bilingualer Kitas und Schulen sowie die Entwicklung mehrsprachiger Lehrmaterialien – nicht nur für Prestige-Sprachen.

Zusätzlich bedarf es eines Pflichtfachs „Mehrsprachigkeit im interkulturellen Kontext“ in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte sowie für Ärzt:innen, Psycholog:innen und Logopäd:innen.

Betroffenes geltendes Recht:
KiQuTG [alle RV hierzu]; GaFöG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

25. **Diversitäts- und rassismuskritische Standards in Bildung und Ausbildung verankern**

Beschreibung:
Unsere Forderungen: Beteiligung von Expert:innen für Rassismuskritik bei der Erstellung von Lehrplänen und Lehrmaterialien, Regelmäßige und verpflichtende Schulungen pädagogischer Fachkräfte zu rassismuskritischer Pädagogik, auch zur Sensibilisierung hinsichtlich Alltagsrassismus und struktureller Diskriminierung im Klassenzimmer, Aufnahme von Modulen zur Rassismuskritik in der Lehramtsausbildung und im Referendariat als Pflichtveranstaltung, Einführung unabhängiger, schulexterner Anlaufstellen mit qualifiziertem Personal für Schüler:innen und Eltern, die Diskriminierung in der Schule erleben.

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

26. **Kritische Bewertung der geplanten Sozialstaatsreform**

Beschreibung:
Wir begrüßen grundsätzlich die geplante Zusammenführung der Sozialleistungen (Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag) sowie die automatische Auszahlung des Kindergeldes. Die Reform kann aber nicht zur Kürzung der Leistungen führen. Wir begrüßen die Empfehlung, gebündelte und wohnortnahe Erstanlaufstellen. Die mehrsprachige Beratung muss aber dort sichergestellt werden. Wir kritisieren entschieden den Vorschlag, den Zugang von Unionsbürger*innen zu Sozialleistungen einzuschränken und an umfassendere Beschäftigungsanforderungen zu binden. Wir begrüßen die geplante Digitalisierung des Sozialstaats. Dabei müssen Inklusion, Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit aber konsequent gewährleistet sein.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; BKGG 1996 [alle RV hierzu]; WoGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

27. **Reform der Grundsicherung**

Beschreibung:
Wir sprechen uns gegen Sanktionen aus, die durch Kürzen oder Streichen des Regelbedarfs Kinder mitbestrafen oder Familien gefährden. Die Karenzzeit mit Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten im ersten Jahr muss bestehen bleiben. Erwerbsaufnahme braucht verlässliche, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Eltern kleiner Kinder sollen Anspruch auf Beratung zu Arbeit und Qualifikation haben. Wir fordern den Vorrang von Qualifizierung vor kurzfristiger Vermittlung in nicht nachhaltige Erwerbsarbeit. Die Regelbedarfe sind realitätsnah zu berechnen, um ein familiengerechtes Existenzminimum zu sichern. Zudem braucht es einen Umgangsmehrbedarf für Trennungsfamilien sowie die Berücksichtigung von Kosten für Periodenprodukte und eine selbstbestimmte Familienplanung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/3541 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 764/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2602190024** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.02.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

28. **Veränderungen in der berufsbezogenen Deutschsprachförderung**

Beschreibung:
Wir begrüßen die geplanten Verbesserungen, insbesondere flexiblere Zugangsmöglichkeiten unterhalb des Sprachniveaus B1, Teilnahmeberechtigungen bereits vor der Einreise, angepasste Einkommensgrenzen für die Kostenbefreiung und digitale Verfahren. Kritisch sehen wir jedoch die verpflichtenden Kostenbeiträge für aus dem Ausland einreisende Beschäftigte, da sie eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung darstellen. Zudem braucht es dringend flexible Lösungen für Kinderbetreuung, Ausnahmen bei familiären Belastungen und Nichtbestehen der Prüfung sowie analoge Alternativen zur vollständigen Digitalisierung, um gleichberechtigte Zugänge sicherzustellen. Für die neue Formulierung in § 2 müssten eindeutige Vorgaben für die zuständige Behörde festgelegt werden.

Referentenentwurf:
Dritte Verordnung zur Änderung der berufsbezogenen Deutschsprachförderverordnung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 18.03.2026
Federführendes Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
DeuFöV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603270043** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.03.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

29. **Ablehnung der EU-Rückführungsverordnung**

Beschreibung:
Wir sprechen uns gegen der neuen EU-Rückführungsverordnung aus.

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603310093** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

30. **Verlässliche Förderung der Familienverbände**

Beschreibung:
Die setzen uns gegen die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2027 für die Familienförderrichtlinie ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf des Bundeshaushalts 2027
Datum des Referentenentwurfs: 29.04.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604300020** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

31. **Reform des Kindschaftsrechts**

Beschreibung:
Wir begrüßen das unverjährbare Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung,die Stärkung des Kindeswohls,die Anerkennung vielfältiger Familienformen sowie die Berücksichtigung häuslicher Gewalt im Sorge-und Umgangsrecht. Die Lebensrealitäten binationaler, migrantischer und transnationaler Familien müssen stärker berücksichtigt werden. Notwendig sind traumasensible Schutzmechanismen in Abstammungsverfahren,eine Kindeswohlauslegung, die Mehrsprachigkeit, kulturelle Identität, grenzüberschreitende Bindungen einbezieht und barrierefreie Informationen. Zudem braucht es Schutz vor missbräuchlicher Kontrolle durch Sorge-und Umgangsregelungen, Erleichterungen in Pass- und Ausländerangelegenheiten, diskriminierungssensible Standards im Kinderschutz und die Anerkennung transnationaler Familienstrukturen

Referentenentwurf:
Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsmodernisierungsgesetz - KiMoG) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 11.05.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607150012** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.07.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

32. **Verbesserung des Schutzes von Opfern häuslicher Gewalt, Stärkung der Stellung des Kindes im Verfahren und Steigerung der Verfahrenseffizienz**

Beschreibung:
Wir begrüßen die Stärkung des Gewaltschutzes im Familienverfahren, den Wahlgerichtsstand für Betroffene häuslicher Gewalt, die stärkere Berücksichtigung von Gewaltkontexten in Kindschaftsverfahren, die verbesserte Rolle des Verfahrensbeistands, die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung in grenzüberschreitenden HKÜ-Verfahren und die erleichterte Scheidung bei häuslicher Gewalt.Zugleich fordern wir einen erweiterten Schutz auch ohne Gewaltschutzanordnung, eine unverzügliche Gefährdungsanalyse,verbindliche Fortbildungsstandards zu Gewalt, Trauma, Diversität und Diskriminierung für Fachkräfte und Richter*innen, hohe Datenschutzstandards sowie kostenfreie Dolmetschleistungen für alle. Zudem müssen aufenthaltsrechtliche Abhängigkeiten gewaltbetroffener Migrant*innen stärker berücksichtigt werden

Referentenentwurf:
Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Opfern häuslicher Gewalt, zur Stärkung der Stellung des Kindes im Verfahren und zur Steigerung der Verfahrenseffizienz (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 22.05.2026
Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]; GVG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]; IntFamRVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607150009** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.07.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

33. **Veränderungen im Referentenentwurf des KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetzes - SCQEG**

Beschreibung:
Die Veränderungen zielen auf eine mehrsprachigkeitssensible und diskriminierungsfreie Ausgestaltung des Gesetzes. Sprachstandserhebungen sollen wissenschaftlich fundiert, für mehrsprachige Kinder geeignet und nach bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards durchgeführt werden. Sprachförderung soll die deutsche Sprache und Familiensprachen gleichermaßen stärken. Die Familiensprache darf nicht als Merkmal einer „herausfordernden Lebenslage“ gewertet werden. Die Fachkräfte sollen verbindlich zu Mehrsprachigkeit, Antidiskriminierung und vorurteilsbewusster Bildung qualifiziert werden. Zudem werden eine stärkere Einbindung der Eltern, mehrsprachige Beratungsangebote sowie ein Monitoring gefordert, das Benachteiligungen erkennt und die Förderung von Mehrsprachigkeit systematisch überprüft.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Verbesserung der Startchancen von Kindern und zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz - SCQEG) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 23.07.2026
Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Integration [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608180001** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.07.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

34. **Wirksame Absicherung von Familien statt Kürzung von Leistungen**

Beschreibung:
Der Verband fordert auf, auf Kürzungen bei familien- und sozialpolitischen Leistungen zu verzichten. Migrationsberatung und Integrationskurse müssen ausgebaut statt abgebaut werden. Das Elterngeld sowie der Unterhaltsvorschuss dürfen nicht gekürzt werden. Der Kindersofortzuschlag und die vollständige Heizkostenkomponente beim Wohngeld dürfen nicht gestrichen werden. Wir kritisieren die geplante Verschärfung der Zugangsbedingungen in der Pflegeversicherung. Zudem fordert wir eine verlässliche Absicherung pflegender Angehöriger sowie eine Rentenpolitik, die Sorgearbeit und Migrationsbiografien angemessen berücksichtigt.

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BEEG [alle RV hierzu]; UhVorschG [alle RV hierzu]; SGB 2 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; WoGG [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; PflegeZG [alle RV hierzu]; FPfZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609030008** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.08.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2611190021** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.11.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

35. **Sicherung der Bundesförderung der Migrationsberatung und Zurücknahme von Kürzungen**

Beschreibung:
Wir fordern den Erhalt und die Stärkung der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) als unverzichtbare, niedrigschwellige und mehrsprachige Anlaufstelle für Zugewanderte. Wir fordern die Kürzung von knapp 4 Mio. Euro zurückzunehmen, die MBE mindestens auf dem

Niveau von 2026 (77,5 Mio. Euro) zu sichern und die Förderung perspektivisch um 7,8 Mio. Euro zu erhöhen. Zudem müssen die Förderrichtlinien praxisnah angepasst und die Begrenzung der Beratung auf die ersten drei Jahre nach Einreise flexibilisiert werden. Wir fordern auch die Schaffung bzw. Absicherung ergänzender Landesförderungen, um drohende Lücken aufzufangen und Kürzungen bei bestehenden Landessprachen- und Integrationsprogrammen abzuwenden.

Betroffenes geltendes Recht:
AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2610070006** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.10.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2610070007** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 01.10.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

36. **Keine Halbierung des Kontingents der Westbalkanregelung**

Beschreibung:
Wir sprechen uns entschieden gegen die Halbierung des jährlichen Kontingents der Westbalkanregelung (§ 26 Abs. 2 BeschV) von 50.000 auf 25.000 Personen aus.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf der Neunten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung und geplanten Halbierung des Kontingents der Westbalkanregelung
Datum des Referentenentwurfs: 09.10.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BeschV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2610160012** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.10.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

37. **Reform des Elterngeldes**

Beschreibung:
Der Verband begrüßt das Ziel einer partnerschaftlichen Aufteilung von Sorge-und Erwerbsarbeit, kritisiert jedoch die Sparlogik der Reform.Gefordert werden: Schutz vor Benachteiligungen von Müttern, da die erhöhte Ersatzrate von 80% wegen angerechneter Mutterschaftsleistungen oft nicht wirksam wird, spätere Kürzungen auf 50% jedoch voll greifen. Die finanzielle Absicherung darf nicht reduziert werden, um mehr Vätermonate zu fördern; auch Familien mit geringen Einkommen müssen partnerschaftliche Elternzeit real nutzen können.Zudem wird gefordert, den Elterngeldanspruch für erwerbstätige Personen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung zu öffnen. Solange dies nicht geschieht, muss zumindest verhindert werden, dass die neue Monatsverteilung die Absicherung dieser Familien zusätzlich verkürzt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes zur Weiterentwicklung und Vereinfachung des Elterngeldes sowie des Mutterschutzgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 27.10.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BEEG [alle RV hierzu]; MuSchG 2018 [alle RV hierzu]; MuSchEltZV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2611020009** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.10.2026 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

2. **SG2611020010** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.10.2026 an:

Bundestag
Gremien [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

38. **Unterhaltsvorschuss stärken statt kürzen**

Beschreibung:
Der Unterhaltsvorschuss muss als verlässliche Leistung für Kinder und Jugendliche erhalten und gestärkt werden. Kürzungen durch die Streichung für bestimmte Altersgruppen oder durch die Einführung einer Einkommensgrenze für Alleinerziehende lehnen wir ab. Statt Familien finanziell zusätzlich zu belasten, müssen unterhaltspflichtige Elternteile konsequent in die Verantwortung genommen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Unterhaltsrückgriffs nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
Datum des Referentenentwurfs: 12.11.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
UhVorschG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190014** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2026 an:

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 410.001 bis 420.000 Euro
   Förderung der Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle

2. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Berlin
   Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
   Förderung der familienpolitischen Fachtagung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
40.001 bis 50.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

146617-iaf-40315-JA-zum-31-12-2024.pdf